

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden Telefon (0611) 31-3314 Telefax (0611) 31-3902 Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 10.08.2011

- Den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. <u>Nachrichtlich</u> Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am Dienstag, 16. August 2011, um 17:00 Uhr, Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

- 1. Genehmigung der Niederschrift
- 2. 11-F-23-0008

Alleebäume in Wiesbaden Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.08.2011

Wiesbadens Wohn- und Lebensqualität wird in hohem Maße durch den Baumbestand im Wiesbadener Stadtbild geprägt. Die für Wiesbaden so typischen Baumalleen nehmen daher im Bewusstsein der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert ein. Die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten anstehende Erneuerung von großen Teilen des Wiesbadener Baumbestandes ist daher für viele Wiesbadenerinnen und Wiesbadener ein sehr sensibles Thema.

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 16. August 2011

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- in welchem Zustand sich der Wiesbadener Baumbestand in der Innenstadt im Allgemeinen sowie
- in welchem Zustand sich der Baumbestand der wichtigsten Alleen und Straßenzüge im Speziellen befindet,
- wie die laufende Pflege der Bäume durchgeführt wird,
- welche äußeren Faktoren den Gesundheitszustand der Bäume ungünstig beeinflussen,
- auf welche Art und Weise der Zustand der Bäume ermittelt wird.
- welche Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Bäume getroffen werden und mit welchen Kosten dies verbunden ist sowie
- welche Maßnahmen in welchem Zeitraum zur Erneuerung des Baumbestandes geplant sind und welche Kosten dadurch entstehen werden.

Der Magistrat wird ferner gebeten, die Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens in Öffentlichen Veranstaltungen über den aktuellen Sachstand und die geplanten Maßnahmen zu informieren.

3. 11-F-23-0007

Nette Toilette - in Wiesbaden Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.08.2011

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen: Der Magistrat wird gebeten,

- 1. mit Vertretern der Gastronomie, des Einzelhandels und weiterer öffentlicher Einrichtungen die Umsetzung des Konzepts "Nette Toilette" für Wiesbaden zu erörtern,
- 2. die Kosten sowohl für die Umsetzung eines solchen Konzepts einschließlich Lizenzgebühren als auch die laufenden, jährlich anfallenden Kosten darzustellen und
- 3. dem Ausschuss eine entsprechende Sitzungsvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, damit ein solches Konzept zeitnah für Wiesbaden umgesetzt werden kann.

4. 11-F-23-0006

Realisation von Ausgleichsmaßnahmen in Wiesbaden. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.08.2011

Im Zuge der Erweiterung des Wiesbaden Army Airfield in Erbenheim werden im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben die mit dem Bau der Kasernen- und Wohngebäude notwendigen Eingriffe in Natur und Landschaft durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert. Da jedoch keine Pflicht besteht die Ausgleichsmaßnahmen an Ort und Stelle oder zumindest in räumlicher Nähe zum Ort des Eingriffs vorzunehmen, werden diese Ausgleichmaßnahmen außerhalb Wiesbadens realisiert. In ähnlicher Art und Weise soll auch im Zusammenhang mit dem 6-streifigen Ausbau der Schiersteiner Brücke verfahren werden.

Damit die Ausgleichsmaßnahmen in Zukunft auch tatsächlich dem Wiesbadener Ökosystem und den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen können, ist es daher notwendig auf

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 16. August 2011

eine Kompensation an Ort und Stelle oder zumindest in räumliche Nähe, d.h. innerhalb der Landeshauptstadt Wiesbaden hinzuwirken.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass für alle Eingriffe in Wiesbaden die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der Gemarkung der Landeshauptstadt Wiesbaden realisiert werden.

5. 11-F-03-0043

Militärflugplatz Erbenheim Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.08.2011

In 1986 wurde der Arbeitskreis zur Verhinderung von Fluglärm Task Force "Aviation Noise Abatement" im Unterausschuss Umwelt des Deutsch-Amerikanischen Ausschusses gegründet. Grundlage waren Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats. In diesem Arbeitskreis sind vertreten: Leiter/in Umweltamt und Hauptamt, Vorsitzende/r Umweltausschuss, ein/e Ortvorsteher/in der östlichen Vororte und Vertreter der US: Streitkräfte: Airfield Manager, Operation Officer, Public Affairs.

Aufgabe dieses Ausschusses ist es, Fragen der Fluglärmbelastung zu erörtern und einvernehmliche Lösungsvorschläge zu erarbeiten; die Geschäftsführung obliegt dem Umweltamt (Tagesordnung, Einladungen, Protokolle, Korrespondenz). Der Ausschuss tagte zuletzt 2009.

Wie der örtlichen Tagespresse zu entnehmen war (u.a. AZ, 3.8.11), tagte jüngst eine von der Bundeswehr und der US-Armee eingerichtete "Lärmschutzkommission".

Teilnehmer des Treffens seien Garnisonskommandeur Oberst Jeffrey W. Dill, Oberbürgermeister Dr. Müller, die Hofheimer Bürgermeisterin Gisela Stang, Vertreter der Landesregierung, des Luftwaffenamts, der Deutschen Flugsicherung, des US-Army-Hauptquartiers sowie der US-Garnison gewesen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Welche Ergebnisse in der "Lärmschutzkommission" erzielt wurden.

- In welchem Verhältnis der Ausschuss "Aviation Noise Abatement" und die "Lärmschutzkommission" zueinander stehen.
- Wann der Ausschuss "Aviation Noise Abatement" das nächste Mal tagt.

6. 11-V-06-0001 DL 19/11

Lärmarme Anflugverfahren für Wiesbaden

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 16. August 2011

7. 11-F-08-0018

Baumfällungen am Carl-von-Ibell-Weg Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 10.08.2011

Anfang des Jahres (2011) wurden im Carl-von-Ibell-Weg an einer Wiese gegenüber der Reitschule ca. 30 - 40 ausgewachsene Bäume gefällt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten

Auf wessen Veranlassung und aus welchen Gründen wurden diese Bäume gefällt?

Welche Maßnahmen wurden veranlasst, um den dadurch reduzierten Baumbestand der Landeshauptstadt Wiesbaden wieder zu ersetzen?

8. 11-A-51-0001

Zustand der Platanen auf dem Bowling Green Sachstandsbericht

9. 11-F-03-0037

Wirksamer Schutz vor Luftverschmutzung durch Straßenverkehr Überweisungsbeschluss der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0265 vom 16.06.2011

ANLAGE

9.1 11-F-23-0005

Wirksamer Schutz vor Luftverschmutzung durch Straßenverkehr Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.08.2011

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen: Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- welchen Wortlaut das Schreiben des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 16. März an die Landeshauptstadt Wiesbaden hatte,
- wann das Schreiben und mit welchem Inhalt (Wortlaut) beantwortet wurde,
- wie der Wortlaut des Schreibens des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 26. April an die Landeshauptstadt Wiesbaden lautete,
- welche konkrete Antwort Wiesbaden hierauf wann gab (Wortlaut),
- ob und wenn ja, welche Zahlen die Landeshauptstadt Wiesbaden dem Hessischen Verkehrsbzw. dem Hessischen Umweltministerium zum Anteil von Lastkraftwagen am Gesamtverkehrsaufkommen in Wiesbaden sowie zum Anteil des Lkw-Durchgangsverkehrs am Lkw-Verkehr insgesamt vorgelegt hat und welche Umgehungsstrecken für Lkw vorgeschlagen wurden.
- welches Gebiet für die regionale Umweltzone zusammen mit Mainz vorgeschlagen wurde,
- ob und wenn ja, welche neue Gebietsabgrenzung bei der Umweltzone vorgeschlagen wurde, nachdem Mainz sich von der gemeinsamen Maßnahme distanziert hatte,

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 16. August 2011

 wie die Landeshauptstadt Wiesbaden gegenüber der Landesebene auf deren Bedenken zur Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen Lkw-Durchfahrtsverbot und Umweltzone (siehe FAZ vom 08.06.2011) hin argumentierte.

10. 11-V-67-0002 DL 17/11-15

Einrichtung eines Tierfriedhofes in Wiesbaden

11. 11-V-61-0034 DL 16/11-12

Planfeststellung nach § 1 HEisenbG i. V. m. § 18 AEG und § 72 ff. HVwVFG für den Ersatzneubau der EÜ "Flachstraße" durch die ESWE - Anhörungsverfahren Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden

12. 11-V-61-0004 DL 17/11-12

Städtebauliche Rahmenplanung Wiesbaden-Erbenheim Süd

13. 11-V-61-0005 DL 17/11-13

Flächennutzungsplanänderung "Erbenheim Süd" im Ortsbezirk Erbenheim - Änderungsbeschluss -

14. 11-V-61-0006 DL 17/11-14

Bebauungsplan "Erbenheim Süd" im Ortsbezirk Erbenheim - Aufstellungsbeschluss - Beschluss über die Aufhebung des Fluchtlinienplanes Erbenheim 1960/01 HAG

15. 11-V-61-0021 DL 19/11

Bebauungsplan "Bestattungswald Frauenstein" im Ortsbezirk Frauenstein; Satzungsbeschluss

- 16. Aktuelles aus dem Magistrat
- **17**. Verschiedenes

Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 16. August 2011

Tagesordnung II

1. 10-F-01-0101 DL 09/11-1

"Vier gewinnen - Millionen verlieren" hier: Bericht des Magistrats

2. 11-V-07-0006 DL 16/11-1

Sicherheitskonzept Kulturpark und Schlachthofgelände

3. 11-V-20-0031 DL 16/11-3

Investitionscontrolling 1. Quartal 2011

4. 11-V-67-0004 DL 16/11-13

Bericht zu den Neubau- und Planungsleistungen des Amtes für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten

5. 11-V-36-0006 DL 16/11-5 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 19.05.2011

6. 11-F-33-0004

Spielgeräte für Kleinkinder Bericht des Magistrats vom 08.07.2011

ANLAGE

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen Vorsitzender